

## Pressemitteilung 8/2016

Halle (Saale), den 24. Februar 2016

### Regionale Verteilung von Flüchtlingen in Deutschland

Angesichts hoher Flüchtlingszahlen und der nicht funktionsfähigen gemeinsamen europäischen Asylpolitik muss die regionale Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland nach Einschätzung des IWH neu überdacht werden. Soziale Netzwerke und die regionale Arbeitsmarktlage sind dabei wichtige Indikatoren. Eine optimale Verteilung ist mit bürokratischen Mitteln allerdings kaum zu erreichen. Letztlich müssen Marktkräfte einen interregionalen Ausgleich unterstützen. Dafür bedarf es aber entsprechender Anreize sowohl für die Flüchtlinge als auch für die politischen Entscheidungsträger vor Ort – eine Herausforderung für Regionalpolitik und Finanzausgleich.

„Grundsätzlich wäre eine Verteilung effizient, die Kosten der Aufnahme und Integration eines zusätzlichen Flüchtlings interregional ausgleicht“, so Oliver Holtemöller vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Zurzeit werden neuankommende Flüchtlinge nach dem so genannten Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer verteilt. Da sich dieses Verfahren an der Finanzkraft und der Einwohnerzahl der Bundesländer und nicht an arbeitsmarktrelevanten Merkmalen orientiert, ist es mittelfristig jedoch ungeeignet. Die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt ist umso schwieriger, je höher die Erwerbslosenquote von Einheimischen ist. Es ist also grundsätzlich sinnvoll, dass Flüchtlinge dorthin ziehen, wo sie eine gute Arbeitsmarktlage vorfinden, eine Erwartung – die vor allem auf die Ballungsräume gerichtet ist.

#### Wohnräumliche Segregation vermeiden

Dabei ist zu beachten, dass zwischen dem Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, die bereits in einer bestimmten Region leben, und den Integrationsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt ein komplexer Zusammenhang besteht. Soziale Netzwerke vor Ort sind zwar hilfreich für die Integration – allerdings nur bei gradueller Zuwanderung und guter Integration der früher zugewanderten Menschen. Ist diese Voraussetzung nicht erfüllt, so besteht die Gefahr, dass sich eine wohnräumliche Segregation bildet. Angesichts dieser Problematik wurde wiederholt die Einführung einer Wohnsitzauflage in die Debatte eingeführt.

#### Wohnsitzauflage wohl nicht zielführend

Empirische Untersuchungen mit schwedischen Daten machen deutlich, dass sich eine behördlich geplante Umsiedlung von Flüchtlingen in der Vergangenheit als weniger erfolgreich erwiesen hat als nicht restriktive, marktorientierte Lösungen.

Sperrfrist  
24. Februar 2016, 11:30 Uhr

Pressekontakt  
Stefanie Orphal  
Tel +49 345 7753 720  
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner  
Oliver Holtemöller  
Tel +49 345 7753 800  
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts  
Bundesministerium für Wirtschaft  
und Energie (BMWi),  
Bundesministerium der Finanzen  
(BMF), Bundeskanzleramt

Wissenschaftliche Schlagwörter  
Flüchtlingsmigration, Europa,  
demographischer Wandel,  
Arbeitsmarkt, Willkommenskultur

Aktueller Bezug  
Flüchtlingskrise, Wohnsitzauflage

Leibniz-Institut für  
Wirtschaftsforschung Halle e. V.  
(IWH)  
Tel +49 345 7753 60  
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8  
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61  
D-06017 Halle (Saale)

[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

Falls diese Ergebnisse auch für die deutsche Situation Gültigkeit haben, sollte die Fähigkeit der Flüchtlinge im Hinblick auf die interregionale Selbstselektion bei der Verteilung berücksichtigt werden. Durch die gezielte Förderung einer Willkommenskultur in ländlichen Regionen könnte man beispielsweise die zu erwartenden hohen Transaktionskosten für Flüchtlinge im dünnbesiedelten Raum reduzieren, erklärt Holtemöller: „So würde eine flächendeckende Willkommenskultur in Deutschland die Vorteile sozialer Netzwerke in den Ballungsräumen relativieren, sodass bei der Wanderungsentscheidung örtliche Marktsignale ein stärkeres Gewicht erhalten. Die Grundlage für die Schaffung einer sozialen Infrastruktur für Flüchtlinge bedarf zunächst entsprechender Anreize für die Entscheidungsträger vor Ort.“

#### Anreize für Kommunen mit geeignetem Arbeitsmarktpotenzial

Allerdings haben Kommunen nur geringe Anreize, eine soziale Infrastruktur zu schaffen, um den Zuzug von Flüchtlingen zu erleichtern. „Dieses Anreizproblem wird insbesondere auch für Kommunen zutreffen, die jenseits der Wanderungsmagneten von Flüchtlingen liegen, deren örtlicher Arbeitsmarkt allerdings durchaus Potenziale für eine zügige Integration von Flüchtlingen hätte“, warnen die IWH-Autoren. Der Zuzug von Flüchtlingen in der Integrationsphase wird jedoch auch aus Sicht von Kommunen, die vom demographischen Wandel stark betroffen sind, eher als Haushaltsrisiko begriffen. So ergibt sich die Herausforderung, die föderale Kostenverteilung für Integrationsleistungen so zu regeln, dass lokale Entscheidungsträger nicht nur einen hohen Anreiz haben, bereits ansässige Flüchtlinge zügig in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sondern auch eine gute Grundlage für den Zuzug von Flüchtlingen zu schaffen.

---

#### Aktuelle Veröffentlichung

Altemeyer-Bartscher, Martin; Holtemöller, Oliver; Wieschemeyer, Matthias: Zur räumlichen Verteilung von Flüchtlingen im Föderalstaat, in: ifo Schnelldienst, Jg. 69, 4/2016.

#### Weitere Veröffentlichungen zum Thema

Leibniz-Forschungsverbund „Krisen einer globalisierten Welt“: Flüchtlingsmigration – Eine globale humanitäre Krise erreicht Deutschland. Policy Brief Nr. 01/2015. Halle (Saale) 2015.

Altemeyer-Bartscher, Martin; Holtemöller, Oliver; Lindner, Axel; Schmalzbauer, Andreas; Zeddies, Götz: Zur Wirtschaftspolitik: Ökonomische Überlegungen zur Verteilung von Flüchtlingen und zur Finanzierung der Kosten der Flüchtlingsmigration in der EU, in: Konjunktur aktuell, Jg. 3 (5), 229-242.

#### Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Prof. Dr. Oliver Holtemöller  
Tel +49 345 7753 800  
Oliver.Holtemöller@iwh-halle.de

#### Pressekontakt

Stefanie Orphal  
Tel +49 345 7753 720  
presse@iwh-halle.de

## IWH-Expertenliste

Die IWH-Expertenliste bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftler/innen. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die Pressestelle des IWH.

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 88 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter [www.leibniz-gemeinschaft.de](http://www.leibniz-gemeinschaft.de).